

# Mitteilungen von Religions for Peace Deutschland

## Nr. 2

(27. Juni 2024)

### Inhalt

Editorial.....	2
Essays und Stellungnahmen.....	2
Religion und Politik – Eine islamisch-schiitische Perspektive Ein Essay von Hamideh Mohagheghi ..	2
Rückblick/Nachrichten.....	7
RfP Regional- und Lokalgruppen.....	7
Religions for Peace Augsburg/Schwaben Interreligiöser Dialog braucht auch die Perspektive von Frauen vorgestellt von Elisabeth Naurath.....	7
Treffen der RfP Regional- und Lokalgruppen in Regensburg. Bericht von Michael A. Schmiedel Fotos: Martina Groh-Schad, Michael A. Schmiedel und Petra Schenk-Schmiedel.....	11
RfP Deutschland.....	15
RfP Europa.....	16
RfP International.....	16
Sonstige Nachrichten.....	18
Anhörung zur Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Deutschen Bundestag Text: Michael A. Schmiedel.....	18
Informationen/Ausblick:.....	19
Einzigartiges Hoffnungszeichen: College of Interreligious Studies in München beginnt 3. Studienjahr. Vorstellung eines Studienganges von Martin Rötting, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von Religions for Peace Deutschland und seinen Mitarbeiterinnen Melanie Fersi und Tanja Mancinelli.....	19
Buchhinweise.....	20
Interreligiöse Initiativen in Deutschland .....	20
Lokale Räte der Religionen. Für ein konstruktives Miteinander in Vielfalt. Eine Handreichung ...	21

\*\*

# Editorial

Liebe Mitglieder und Freund:innen von Religions for Peace. Anbei erhalten Sie/erhaltet Ihr die Nr. 2 der Mitteilungen von RfP Deutschland.

Hamideh Mohagheghi hielt neulich einen Vortrag über eine schiitisch-islamische Perspektive auf Religion und Politik, den sie für die Mitteilungen zu einem Essay verarbeitet hat. Diese Perspektive könnte durchaus anders sein, als Sie es sich vorstellen.

Elisabeth Naurath ist ja nicht nur Vorsitzende von RfP Deutschland, sondern leitet auch die Regionalgruppe Augsburg/Schwaben, die sie hier vorstellt.

Die meisten deutschen Regional- und Lokalgruppen von Religions for Peace trafen sich am 15./16.6. in Regensburg, worüber Michael A. Schmiedel berichtet.

Informationen der RfP-Ebenen Deutschland, Europa und International hat Michael A. Schmiedel zusammengestellt.

Im Deutschen Bundestag gab es eine Anhörung zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit. Heiner Bielefeldt schrieb dazu eine recht umfangreiche Zusammenfassung, die Michael A. Schmiedel für diese Mitteilungen nochmal ein wenig gekürzt hat.

Unter „Informationen/Ausblick“ stellen Martin Rötting, Melanie Fersi und Tanja Mancinelli einen interreligiösen Studiengang an der Universität Salzburg vor. Nicht dass wir eine österreichische Universität nach Deutschland eingemeinden wollen, aber Martin Rötting ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von RfP Deutschland.

Zu guter Letzt stellen wir in diesen Mitteilungen zwei Veröffentlichungen zu interreligiösen Initiativen in Deutschland und zu den Räten der Religionen in Deutschland vor.

Herzliche Grüße von der Redaktion!

\*\*

## Essays und Stellungnahmen

Religion und Politik – Eine islamisch-schiitische Perspektive  
Ein Essay von Hamideh Mohagheghi

Religion und Politik sind ein komplexes Thema, das verschiedene Interpretationen und Perspektiven umfasst. Es ist notwendig, die Vielfalt der Ansichten zu kennen und differenziert darüber zu sprechen.

Der Satz, dass es im Islam keine Trennung zwischen Politik und Religion geben darf, wird besonders betont, wenn es darum geht, zu beweisen, dass die Musliminnen und Muslime grundsätzlich den säkularen Staat nicht akzeptieren können. In diesem Beitrag geht es um Darlegung einiger

prinzipiellen theologisch begründeten Aspekte aus der islamisch-schiitischen Perspektive zur Beziehung zwischen Religion und Politik.

Aus der islamischen Perspektive ist die Religion eine Lebensweise, die auf einen einzigen Gott orientiert ist. Die Religion bietet Weisungen und Regeln, wie der Mensch in seinen Beziehungen zu sich selbst, zu Mitgeschöpfen, zur Natur und zu den Ressourcen sowie zur Schöpfung insgesamt ein Leben im Dienste Gottes und seiner Schöpfung führen soll. Der Islam zieht keine starre Trennlinie zwischen religiösen und weltlichen Angelegenheiten und legt Richtlinien und Normen fest, die für beide Bereiche des menschlichen Lebens wesentlich und universell sind. Ziel dieser Bestimmungen ist, den Menschen zu ermöglichen, in dieser Welt und auch in der nachkommenden Welt in Glückseligkeit und Frieden leben zu können. Die Aufgabe der Politik ist es, Strukturen für ein Gemeinwesen zu schaffen, das auf Prinzipien und verbindliche Regeln basiert mit dem Ziel, den Menschen ein gutes Leben in Frieden und Freiheit zu ermöglichen. Es gibt einige Schnittstellen zwischen Religion und Politik, und aus islamischer Sicht kommt die eine nicht ohne die andere aus, und ein kooperatives Zusammenwirken zwischen beiden Bereichen ist notwendig. Dieses Prinzip hat Al Ghazali, ein bedeutender Rechtsgelehrter und Philosoph des 11. Jahrhunderts christlicher Zeitrechnung folgendermaßen beschrieben: „Die islamische Lebensweise ist Fundament und Säule, der Staat ist ihr Verwalter und Beschützer. Alles, was kein Fundament hat, wird zerstört und alles, was keinen Beschützer hat, wird vernichtet“ (Al Ghazali (1988), Der Erretter aus dem Irrtum, Hamburg, S.41). Diese These ist meines Erachtens auch im Böckenförde Diktum zu finden: „Die Religion schafft Voraussetzungen, die der freiheitliche, säkularisierte Staat selbst nicht garantieren kann.“ (Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2007): Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert, München, S. 92).

Die beide Dikta führen zur Annahme, dass die Politik und Religion einander brauchen und ein konstruktives Zusammenwirken möglich sein soll, ohne dass eine die andere vereinnahmt und für eigennützige Interessen missbraucht. Ein religiöser Mensch muss politisch engagiert sein nicht um seiner selbst willen, sondern für die Verwirklichung der Ideale, für die die Religion Weisungen, Prinzipien und Normen vorlegt.

Im Quran und auch in der Tradition (*sunna*) ist keine Staatsform vorgeschrieben. Zu Zeiten der Entstehung dieser Quellen gab es keine Trennung zwischen Religion und Staat in der Form, die wir heute aus den säkularen, vor allem westlichen Staaten kennen. Es gibt keine Belege dafür, die die Herrschaft der Rechtsgelehrten und religiösen Würdenträger als geeignete Entscheidungsträger für alle gesellschaftlichen Angelegenheiten bestimmen. Die Begriffe wie „islamischer Staat“ und „islamische Republik“ sind neuzeitliche Formulierungen, die eher mit politischen Ideologien verbunden sind und teilweise zu totalitären theokratischen Staatssystemen geführt haben.

### **Die Fundamente und Ziele einer Gesellschaft**

In der islamischen Normenlehre (*fiqh*) für die praktische Theologie gibt es lebendige, stetige und kontroverse Debatten zwischen den Gelehrten (*fuqaha*). Der Begriff für Rechtsgelehrte *faqih* hat in seiner Wurzel *faqaha* die Bedeutungen „verstehen, begreifen, Erkenntnis erwerben“. In der schiitischen Tradition gilt: wenn man einem Rechtsgelehrten folgen will, muss dieser ein zeitgenössischer Rechtsgelehrter sein. Das bedeutet, dass er die Lebensrealität der Zeit und die Diskurse kennen und verstehen muss, um gegebenenfalls neue Lehrmeinungen zu entwickeln. Die Tradition ist wichtig, sie ist aber „nicht das Tragen der Asche, sondern das Weitertragen der Glut“, wie Jean Jaures formulierte. Das islamische Recht war und soll nie statisch sein, die Rechtsgelehrten müssen die Realitäten der Zeit erkennen, diese begreifen und mit den Prinzipien des Glaubens in Beziehung setzen.

Infolge der theologischen Diskurse gibt es eine Reihe von Leitzielen und Fundamenten für eine Gesellschaft im „islamischen“ Sinne, die hier kurz benannt werden:

**Gerechtigkeit:** Die höchste Verantwortung der Entscheidungsträger liegt darin, Voraussetzungen für eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, diese zu verwirklichen und zu garantieren.

**Verantwortlichkeit:** Die Entscheidungsträger sind vor Gott und vor den Menschen und Mitgeschöpfen verantwortlich und müssen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie ihre Verantwortung verfehlen.

**Achtung und Forderung des Gemeinwohls:** Die Entscheidungsträger haben die Aufgabe, in ihren Entscheidungen und Erlassen Gesetze und daraus entstandenen Anordnungen stets im Fokus zu haben. Gemeinwohl ist inhaltlich nicht vorgegeben und muss stets reflektiert und neu bestimmt werden. Die Leitziele für Gemeinwohl sind Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden. Ihre Konkretisierung und ihre Beziehung zueinander sind Gegenstand der politischen Diskurse, die in einer guten Streitkultur zu debattieren sind.

**Einhalten von Normen und Werten sowie Rechtsnormen:** Die Entscheidungsträger sind verantwortlich, die Normen und Regeln in einer Gesellschaft zu erarbeiten und zu garantieren, die nach Mehrheitsprinzip festgelegt sind. Dafür gibt es das quranische Prinzip Schura (Beratung): Regelt eure Angelegenheiten in Beratung (Quran 3:159, 42:38). Dieses Prinzip verwendete sogar der Prophet Muhammad, wenn es sich um die weltlichen Angelegenheiten handelte. In Medina wurde ihm auch die politische Verantwortung von Menschen übertragen, die in ihm die Person sahen, die den langjährigen Konflikten zwischen den Stämmen befrieden könnte. Dies war NICHT Teil seiner prophetischen Aufgabe, dafür wurde er von Menschen beauftragt, nachdem er von Mekka nach Medina auswanderte (622 n. Ch.). Durch das Verfahren Treueid (*Bei'a*) wurde dem Propheten Muhammad die Führung der Gemeinschaft in Medina übertragen. Treueid leisten (*Bei'a*) war der damalige Prozess, um eine Person öffentlich als politischen Entscheidungsträger zu benennen. Es ist zu erwähnen, dass in diesem Verfahren auch Frauen öffentlich beteiligt waren, die selbstständig ihre Stimme kundgetan haben.

Diese verbindlichen Prinzipien und Fundamente wurden und werden philosophisch und theologisch kontrovers diskutiert, unterschiedlich ausgelegt und begründet. Aus diesen komplexen Diskursen sind unterschiedliche Auffassungen zu Religion und Politik und zu Staatsformen entstanden.

### **Voraussetzungen für die Übernahme politischer Macht**

Der Islam geht von Potenzialen im Menschen aus, die durch die Kraft der Vernunft und durch von Gott gegebenen Normen entfaltet werden können. Die Statthalterschaft (*kalifat*), die Gott den Menschen übertragen hat, zeigt, dass Gott den Menschen zutraut, dass sie Verantwortung tragen, das Gute erkennen und zielorientiert handeln können. Der Glaube hat Erkenntnis- und Erziehungsmöglichkeiten zu schaffen, die Menschen stärken, das Gerechte und das Gute zu erkennen und diese zu verwirklichen.

Für die politischen Entscheidungsträger gibt es in den Normenlehrequellen (*fiqhbücher*) eine Reihe von Voraussetzungen. Es werden einige Tugenden genannt, für die diese Personen bekannt sein müssen, um die politischen Ämter tragen zu können. Einige von diesen Voraussetzungen werden hier exemplarisch benannt:

Die Person soll für ihre Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit, Klugheit, Weisheit, Fairness und Kompromissfähigkeit bekannt sein.

Die Person soll befähigt sein, ihre Leidenschaften und destruktiven Gedanken durch Vernunft und Glaube zu beherrschen und maßvoll zu handeln.

Sie soll bescheiden leben, sich von übermäßigem Reichtum und Prunk fernhalten. Sie soll wie der einfachste Mensch in der Gemeinschaft leben.

Sie soll im direkten Kontakt mit Menschen sein und sich möglichst unmittelbar um ihre Nöte kümmern.

Sie soll sich gegenüber festgelegten Gesetzen und Normen in der Gesellschaft treu verhalten.

Sie soll alle Menschen in ihrem Menschsein anerkennen. Hierfür gibt es einen Leitsatz in der schiitischen Tradition von Imam Ali in seinem Vermächtnis, als er einen Statthalter nach Ägypten schickte: „Behandle alle Menschen gut und gerecht, denn sie sind entweder dein Bruder und deine Schwester im Glauben oder sie sind dein Bruder und deine Schwester in der Menschheitsfamilie.“

Die Person soll für ihre Urteilsfähigkeit bekannt sein, und dass sie mit Bedacht und Behutsamkeit handelt und aufgeladene Emotionen vermeidet.

Ferner soll die Person für ihre gute Führungspersönlichkeit bekannt sein.

Allein diese wenigen Voraussetzungen, die hier genannt sind, zeigen, welche Verantwortung die Politiker und Politikerinnen tragen und wie sie ihre moralischen und ethischen Kompetenzen zuerst in ihrer eigenen Lebensweise zu verwirklichen haben.

### **Schiitische Auffassung von Religion und Politik**

Der Glaube an Imamat, die Herrschaft der Imame, gehört im schiitischen Islam zu den Glaubensgrundsätzen. Damit sind aber nur die zwölf Imame gemeint, die nach dem Ableben von Prophet Muhammad gelebt und aus schiitischer Perspektive die rechtmäßigen Führer der Gemeinschaft waren. Damit wurde eine politische Theorie entwickelt, die die politische Macht durch eine andere Person in Abwesenheit des Imam Mahdi, des zwölften Imam, für illegitim erklärt. Imam Mahdi lebt seit über 1300 Jahren in Verborgenheit und wird am Ende der Zeit erscheinen und die in Chaos und Dekadenz verfallene Welt retten. Dann wird eine Zeit der Gerechtigkeit und des Friedens auf diese Welt eintreten, bevor die Welt eine totale Umwälzung erfährt und zu Ende geht. Diese Erwartung der Rückkehr des im Verborgenen lebenden zwölften Imam ist ein schiitisches Erlösungsprinzip für bessere Zeiten auf dieser Welt. Aus dieser Überzeugung heraus war es über Jahrhunderte der feste Grundsatz der schiitischen Theologie, sich von der Politik fernzuhalten. Die schiitischen Rechtsgelehrten zeigten in der Regel Widerstand, wenn die Machthaber tyrannisch und ungerecht waren, jedoch ohne für sich eine politische Macht zu beanspruchen.

Diese Distanz zur Politik änderte sich allmählich ab Mitte des 20. Jahrhunderts mit den ersten revolutionären Bewegungen im Iran. Damalige Großgelehrte warnten die Kleriker davor, sich in die Politik einzumischen. Nach der Revolution und Errichtung der Islamischen Republik äußerte sich der große Gelehrte Allameh Tabataba'i besorgt über die Entwicklung der Machtansprüche der Kleriker in einer öffentlichen Rede mit dem prägenden Satz: „Das erste und teuerste Opfer dieser Revolution wird der Islam sein.“

Um die Rechtmäßigkeit der zwölf Imame nicht anzutasten, wurde ein Amt des höchsten Rechtsgelehrten (*welayate faqih*) etabliert. Der höchste Rechtsgelehrte agiert stellvertretend für den zwölften Imam und steht allen drei Staatsgewalten vor. Er kann die parlamentarischen Entscheidungen für obsolet erklären, wenn nach seinem Ermessen diese der islamischen Lehre nicht entsprechen. Diese Machtposition für einen Rechtsgelehrten ist ein Novum in der schiitischen politischen Denkweise.

Immer mehr warnen muslimische Denker ausdrücklich vor der Politisierung des Islam. "Wo man die Religion mit der Politik verquicke," warnt Sourousch, ein iranischer Denker, „entweihe man sie und lenke von ihrer eigentlichen Bestimmung ab, nämlich den Menschen in seiner Beziehung zu Gott zu leiten.“ (Wa’ezi Ahmad, Die Theokratie-Überlegungen über die politische Denkweise des Islam, Tehran 1999, S.121)

### **Kalifat, was ist das?**

Schließlich einige Sätze zum Kalifat, einem sogenannten „islamisches Staatssystem“, das von einigen Gruppierungen als Idealform verstanden wird. Diese Gruppierungen lehnen die Herrschaft der Menschen ab und meinen, dass nur Gott regieren kann und nur Gottes Gesetze eine gerechte Gesellschaft errichten können, denn nur Gott weiß, was gut für die Menschen ist.

Bei dieser Definition ist zu beachten, dass die hier angestrebten göttlichen Gesetze ebenfalls von Menschen formuliert, ausgelegt und zur Anwendung gebracht werden.

Der Begriff Kalif steht im Quran und in der islamischen Theologie für die Aufgabe und Verantwortung, die Gott den Menschen für die Verwaltung der Schöpfung übertragen hat. Jeder Mensch trägt diese Verantwortung und hat ihr entsprechend der Normen und ethischen Prinzipien gerecht zu werden. Jeder Mensch ist ein Kalif.

Kalifat im Sinne von ein „Reich Gottes“ oder „Gottesstaat“ ist kritisch zu betrachten und wird nicht von der Mehrheit der Musliminnen und Muslime als Staatsform gesehen, die sie anstreben. In den wenigen Fällen, in denen in den letzten Jahren diese Staatsform öffentlich proklamiert wurde, war es als Alternative ersehnt für die als verfehlt betrachtete politische und religiöse Verhaltensweise einiger Verantwortlicher. Die Geschichte hat uns gezeigt, dass bis heute Religionen und politische Systeme von Menschen missbraucht werden, um eigene religiöse oder machtpolitische Interessen durchzusetzen. Politik und Religion basieren beide auf der Notwendigkeit eines verständnisvollen und friedlichen Zusammenlebens aller Menschen in einer Gesellschaft. In diesem Sinne könnten sich eine für das Wohl der Menschen ausgerichtete Politik und ein durch die genannten Fundamente und Leitziele im Islam geprägte Gesellschaft positiv für die Menschen ergänzen.

\*\*

# Rückblick/Nachrichten

RfP Regional- und Lokalgruppen

Religions for Peace Augsburg/Schwaben

Interreligiöser Dialog braucht auch die Perspektive von Frauen vorgestellt von Elisabeth Naurath



Text: Elisabeth Naurath; Fotos: Religions for Peace Augsburg/Schwaben

Seit dem Augsburger Friedensfest 2018 gibt es eine Religions-for-Peace-Gruppe Augsburg/Schwaben. Aufgrund der gemeinsamen Initiative von Dr. Elisabeth Naurath, Professorin für Evangelische Religionspädagogik, und Alexandra Caspari, Pfarrerin der alt-katholischen Gemeinde Augsburg, wurde eine interreligiöse Frauengruppe gegründet, um auch deren Sichtweisen zu Fragen der Religion, der Theologie und des gelebten Glaubens ein stärkeres Gehör zu verleihen: „Es ist an der Zeit, den Frauen, die meist nicht als Repräsentantinnen ihrer Religion wahrgenommen werden, eine Stimme zu geben, die ihrer Bedeutung für Religion und religiöse Sozialisation entspricht“, so Elisabeth Naurath auf der Gründungsfeier.

Damit konkretisiert die Augsburger Gruppe ein evidentes Anliegen von Religions for Peace International mit dem Ziel der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

Gerade in der Friedensstadt Augsburg und darüber hinaus für den Bezirk Schwaben soll diese regionale Gruppe der weltweiten Bewegung Religionen für den Frieden mehr Relevanz geben. Durch die nationale und internationale Vernetzung kann damit in Ergänzung zum Runden Tisch der Religionen das religiöse Friedensengagement gestärkt werden.

In der Augsburger Religions-for-Peace-Gruppe mit zirka 20 aktiven Mitgliedern sind folgende Religionen und Konfessionen vertreten (in alphabetischer Reihenfolge): Ahmadiyya Muslim Jamaat, Alevitentum, Altkatholizismus, Bahaitum, Judentum, Lutherischer Protestantismus, Nichiren-Buddhismus, Römischer Katholizismus, Sunnitischer Islam.

Schon bei der Gründungsfeier zeigten sich in den Statements der Frauen, dass sie aus religiöser Überzeugung ihr Engagement für den Frieden in unserer Gesellschaft stärken wollen. Auf der Website (<https://www.rfp-augsburg-schwaben.de>) sind alle Statements veröffentlicht. Hier ein Beispiel von Hülya Ünal aus islamisch-sunnitischer Perspektive:

*„Unabhängig von Gruppenzugehörigkeit, Ethnie und Religion ruft der folgende Vers aus dem Koran die Menschen dazu auf, einander kennenzulernen: Judentum ‘Oh ihr Menschen, Wir haben euch fürwahr von einem männlichen und weiblichen Wesen erschaffen, und Wir haben euch zu Völkern und Stämmen gemacht, damit ihr einander kennenlernt. Wahrlich, der Edelste unter euch bei Allah ist derjenige, der am Besten in Frömmigkeit, Aufrichtigkeit und Ehrfurcht ist. Wahrlich, Allah ist Allwissend und Allkundig.’ (Hudschurat, 49/13). Daher ist der interreligiöse Dialog für mich ein relevanter Bestandteil der Religion. Den Anderen kennenzulernen, baut nicht nur Vorurteile ab, es bietet die Chance seinen eigenen Glauben zu reflektieren und vom Gegenüber zu lernen. Dem Aufruf des Propheten ‘der Beste unter euch ist derjenige, der der Gesellschaft am nützlichsten ist’ folgend, möchte ich Brücken schlagen und auf ein harmonisches Miteinander hinarbeiten.“*



Die Schwerpunkte unseres zivilgesellschaftlichen Engagements sehen wir in einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit wie beispielsweise der jährlichen Beteiligung am Augsburger Friedensfest oder öffentlichen Podiumsdiskussionen – zuletzt im Januar 2024 im Kultur- und Tagungszentrum Murnau zum Thema ‚Krisen als Chance – zur interreligiösen Zusammenarbeit für den Frieden‘.

Grundlage dieses Wirkens in unsere Gesellschaft hinein ist die interne Vertrauensbildung innerhalb unserer Gruppe, die wir mit zahlreichen thematischen Treffen zum interreligiösen Dialog, aber auch mit Einladungen in die religiösen Gemeinschaften zu Festen oder Vorträgen stärken. Besonders freuen wir uns über das große Interesse der Augsburger Oberbürgermeisterin Eva Weber, die unser Engagement für die Friedensstadt Augsburg sehr begrüßt.



Aktuell erleben wir, dass Frieden das eigentliche Fundament unseres gelingenden Zusammenlebens, unseres Wohlstands und der Entwicklungsmöglichkeiten aller ist. Von evidenter Bedeutung ist es, dass die Fähigkeit zum Frieden gelernt und gefördert werden kann. Die inhaltlichen Schwerpunkte unserer Arbeit sehen wir daher in einer:

### **Förderung des sozialen Friedens durch interreligiöse Zusammenarbeit und Bildung**

Erwiesenermaßen können sich Vorurteile und Feindbilder lebensgeschichtlich schon früh etablieren und antidemokratische, rassistische, antisemitische wie auch islamophobe Einstellungen hervorbringen, die sich dann in einer wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung mit erhöhtem Aggressions- und Gewaltpotential zeigen und konstruktive gesellschaftliche Entwicklungen erschweren. Religionen spielen hierbei eine große Rolle, denn sie prägen in einer religiös wie weltanschaulich pluralen Gesellschaft sowohl Einstellungen wie auch Haltungen. Von daher sind interreligiöser Dialog und Kooperationen so wichtig: in der Friedensstadt Augsburg arbeitet die ‚Religions-for-Peace-Gruppe Augsburg/Schwaben‘ an einer Förderung dieser interreligiösen Friedensarbeit. Der hohe Stellenwert von Bildungsmaßnahmen ist hierbei klar.

### **Förderung des weltweiten Friedens durch umweltethische Bildung**

Hierbei haben Religionen auf der Basis ihrer Schöpfungstheologien wie auch Naturspiritualitäten ein gemeinsames zentrales Anliegen: der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch Natur- und Klimaschutz entgegenzuwirken. Dieses gemeinsame Ziel ist für eine nachhaltige Förderung von Frieden zentral, denn die Klimakrise wird in wachsendem Maße zu Konflikten um bewohnbaren Lebensraum und Ressourcen führen. Nur wenn wir möglichst rasch und lebensgeschichtlich möglichst früh umweltethische Bildung voranbringen, können wir diesen problematischen Prozessen entgegensteuern. Daher ist uns in unseren Veranstaltungen die Verbindung von interreligiöser und umweltethischer Friedensförderung zum Wohl unseres gesellschaftlichen Miteinanders ein besonderes Anliegen.

Website: <https://www.rfp-augsburg-schwaben.de>

\*

Treffen der RfP Regional- und Lokalgruppen in Regensburg.  
Bericht von Michael A. Schmiedel

Fotos: Martina Groh-Schad, Michael A. Schmiedel und Petra Schenk-Schmiedel



Die Regensburger Altstadt und die Donau von der Steinernen Brücke aus gesehen.

In der Zeit vor der Gründung des Religions für Peace Deutschlands e.V. gab es jährlich Treffen des Geschäfteführenden Ausschusses in Mainz. Zu diesem GA gehörten die Vertreter:innen der Regional- und Lokalgruppen, sowie Franz Brendle und Alexandra Wondratschek. Dieser GA war zugleich der WCRP-Deutschland Unterstützungsverein.

Von einigen Gruppen wurde an den Vorstand von RfP D herangetragen, man solle doch ein Präsenztreffen von Vertreter:innen der Gruppen wieder aufleben lassen, so wie es früher bei den jährlichen Treffen des Geschäfteführenden Ausschusses des WDRP-Fördervereins üblich war, damit man sich auch mal wieder in Präsenz sehen, miteinander reden und so das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken könne. Schon 2023 fand ein solches Treffen im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg statt. Für 2024 hat bot die Regensburger Gruppe an, zu einem solchen Treffen nach Regensburg einzuladen. Der Vorstand beschloss, für die Vorstandsmitglieder und je eine Person aus jeder Gruppe die Fahrt- und Übernachtungskosten zu übernehmen. So trafen sich am Samstag, dem 15. Juni 2024 Vertreter:innen der Gruppen aus Regensburg, Nürnberg, München, Augsburg/Schwaben, Bonn/Köln, Kassel und Hannover vor der Katholischen Akademie in Regensburg, die als Tagungsort fungierte.

Für dieses Treffen wurde vereinbart, sich nicht nur zusammzusetzen und auszutauschen, sondern sich auch mit der Stadt der einladenden Gruppe zu beschäftigen. Florian Fink von der Regensburger Gruppe bot eine selbst gestaltete spannende Stadtführung mit Bezügen zur (multi)religiösen Geschichte der ehemaligen Freien Reichsstadt an. Regensburg war im 12.-16. Jahrhundert eine steinreiche Stadt, die ihr Geld mit europaweitem Handel mit Luxusgütern verdiente. Da sie nicht im II. Weltkrieg bombardiert worden war, kann man noch heute größtenteils ein Stadtbild dieser Zeit genießen, mit engen Gassen, kleinen und großen Plätzen, aus Stein gebauten und farbenfroh verputzten Bürgerhäusern, einzelnen Stadttoren, vielen Kirchen, die alle vom gotischen Dom, der wie eine etwas kleinere Version des Kölner Doms wirkt, überragt wird, und der im 13. Jhdt. erbauten Steinernen Brücke, die über drei Inseln hinweg die beiden Ufer der Donau miteinander verbindet. Florian führte uns auch zur nach dem Krieg neu gebauten Synagoge, zu einem Haus, in dem das Zentrum des Diamantwegsbuddhismus und einem anderen, in dem eine nicht näher benannte Zen-Gruppe zu Hause sind, sowie zum ehemaligen Wohnhaus von Georg Ratzinger, dem Bruder von Papst Benedikt. Auch zeigte er, wo vor ihrem Abriss seine Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten

gestanden hatte. Es gesellte sich noch Rainer Laufkötter dazu, auch Mitglied der Regensburger Gruppe, der Florians Informationen durch weitere Anekdoten und Schmäckerl aus der Stadtgeschichte zu ergänzen wusste, wie die, dass die Jahrhunderte unbeschädigte Steinernen Brücke in den Jahren der bundesrepublikanischen Verkehrssicherheit durch Streusalz so sehr beschädigt wurde, dass sie aufwändig restauriert werden musste. Der Abend klang dann mit Speis und Trank sowie vielen Gesprächen im Brauereigasthof Bischofshof aus, in welchem RfP Regensburg-Mitglied Ulrich Berger als Koch arbeitet. Es kamen auch noch weitere Regensburger Mitglieder hinzu, wie Paul Reinwald, Gjomo Song Chon Stabnau und Gjomo Jon Dok.



Gruppenfotos während der Stadtführung auf dem Rathausplatz und auf der Steinernen Brücke.



Mahnpruchband in der neuen Synagoge und Blick von der Steinernen Brücke über drei der vier Donauarme, die Jahninsel und Am Beschlacht auf den Dom.



Beim gemeinsamen Abendessen im Bischofshof.

Der Hauptkonferenztag war der Sonntag, an welchem Elisabeth Naurath und Martin Affolderbach über Neuigkeiten der Religions for Peace-Ebenen International, Europa und Deutschland und dann reihum die Vertreter:innen der verschiedenen Regional- und Lokalgruppen aus eben diesen berichteten. RfP Europa-Vorsitzender Luigi da Salvia aus Italien war für ein Grußwort zugeschaltet Er betonte die Rolle von RfP Deutschland für die Entstehung und Entwicklung von RfP Europa, woran seinerzeit besonders Norbert Klaes aus Würzburg und in neuerer Zeit seit der Gründung des RfP Europa e.V. in Berlin Peter Jörgensen, Martin Affolderbach und Elisabeth Naurath mitgewirkt haben. Auch per Zoom dabei war Reinhold Mokrosch von RfP Osnabrück, der sich gerade von einem Schlaganfall erholt, und deshalb nicht vor Ort dabei sein konnte.



Austausch am Sonntag.

Zu diesen Neuigkeiten gehörte sicher immer noch für einige, dass RfP International seit Februar einen neuen Generalsekretär hat: Francis Kuria Kagema aus Kenia. Von RfP Deutschland war vor allem von der Gründung des Interreligiösen Netzwerkes Deutschland in Folge der bisher „Linda follow up“ genannten Arbeitsgruppe zu berichten (vgl. dazu auch die Vorstellung in der Nr. 1 der Mitteilungen im Dezember 2023). Peter Bender stellte aber auch stolz das neu erschienene Buch „Interreligiöse Initiativen in Deutschland. Ein Wegweiser“ vor, welche möglichst alle größer als bilateral aufgestellten interreligiösen Initiativen Deutschlands darzustellen trachtet; ein Vorhaben, das von einer der drei RfP-Deutschland-Arbeitsgruppen in Zusammenarbeit mit Vertretern des Bundeskongresses der Räte der Religionen, der Stiftung Weltethos, dem Forum Religionen im Kontext der Universität Potsdam und mit Unterstützung der Agentur piron aus Bonn erfolgreich zum Abschluss gebracht wurde. Die Printpublikation wurde von der Dr. Buhmann-Stiftung gefördert. Ergänzungen, Korrekturen und Aktualisierungen des Verzeichnisses sollen durch eine Online-Fortführung weiterverfolgt werden. (Vgl. dazu auch die Buchvorstellung am Ende dieser Mitteilungen). Ansonsten steht, was bei diesem Treffen zu diesen drei Ebenen berichtet wurde, hier auch in den Kapiteln zur RfP International, Europa und Deutschland.

Was die Regional- und Lokalgruppen bei aller Unterschiedlichkeit gemeinsam haben, ist die Notwendigkeit, sich mit anderen interreligiösen Initiativen und Akteuren zu vernetzen. Die gastgebende Regensburger Gruppe unter der Leitung von Martina Groh-Schad ragt etwas positiver heraus, da Martina sehr am Branding der Marke Religions for Peace arbeitet und zum Beispiel auch Kerzen mit RfP-Logo verkauft, sowie vor allem aus dem Nichts heraus diese stattliche Gruppe neu gegründet hat. Die Gruppe hat viele aktive Mitglieder, die auch ihre Religionsgemeinschaften mit Mandat in ihr vertreten. Sie wurde ja in der Nr. 1 der Mitteilungen gesondert vorgestellt. In allen anderen an diesem Tag vorgestellten Gruppen dagegen muss sich die jeweilige RfP-Gruppe entscheiden, ob sie in den zahlreichen anderen interreligiösen Initiativen Konkurrentinnen oder Kooperationspartnerinnen sieht, wobei die Entscheidung grundsätzlich für letzteres gefällt wurde. Das hörten wir von Thomas Amberg, Pascal Réveiller, Christine Hermann-Wielsch und Martin Affolderbach von RfP Nürnberg, Aykan Inan von RfP München, von mir und Werner Heidenreich von RfP Bonn/Köln und Rajini Kumaraiah von RfP Hannover gleichermaßen aber wiederum auch kontextuell unterschiedlich. Elisabeth Naurath stellt ihre Gruppe RfP Augsburg/Schwaben als Frauengruppe ja gesondert in diesen Mitteilungen vor. Peter Bender erzählte von Kassel, dass die dortige RfP-Gruppe durch Corona zum Erliegen kam und erst wieder neu belebt werden müsse. Reinhold Mokrosch überraschte uns alle mit einer Energie trotz Schlaganfall, der ihn nicht daran gehindert hat, neulich auf einer Friedensveranstaltung in Osnabrück mit über 300 Teilnehmenden mitzuwirken und mit Verteidigungsminister Pistorius, der ehemals Oberbürgermeister von Osnabrück war, über Dietrich Bonhoeffers Friedenethik zu diskutieren. Die einzelnen Regional- und Lokalgruppen werden in den kommenden Ausgaben der Mitteilungen einzeln vorgestellt, so dass ich mich hier kurzfassen konnte.

Dieser Austausch fand morgens und nachmittags statt, unterbrochen durch eine Mittagspause auf der Meile der Nachhaltigkeit am Donauufer, welche aus Informationsständen verschiedener Organisationen, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen, und aus kulinarischen Angeboten, die nachhaltig hergestellt wurden, bestand.



Mittagspause auf der Meile der Nachhaltigkeit.

Auch noch, bevor die Gesprächsrunde fortgesetzt wurde, machten wir eine Führung durch die Ausgrabung des jüdischen Viertels von Regensburg unter dem Neupfarrplatz. Eine Stadtführerin erklärte uns dort, dass 1519 alle Juden:Jüdinnen aus Regensburg vertrieben wurden. Die Vorgeschichte war so, dass Regensburg, wie oben schon erwähnt, durch Fernhandel mit Luxusgütern reich geworden war. Regensburg erwarb sich die Reichsunmittelbarkeit und dadurch die Unabhängigkeit vom Herzogtum Bayern, worauf der Herzog ihnen aber den Fernhandel über bayerisches Gebiet erschwerte, was wiederum zu einem wirtschaftlichen Abstieg Regensburgs

führte. Die christlichen Kaufleute Regensburgs waren aber verschuldet bei jüdischen Bankiers, und um diese Schulden loszuwerden, vertrieben sie die Juden:Jüdinnen aus der Stadt, zerstörten ihr Viertel und bauten die Kirche zur Schönen Maria auf dessen Grund, die wegen eines laut Angabe des Verunfallten durch Eingreifen Marias glimpflich verlaufenden Unfalls bei den Abbrucharbeiten zum Wallfahrtsort und nach der Reformation zur evangelischen Neupfarrkirche wurde. Heute ist ein Teil der Keller des jüdischen Viertels begehbar, wobei man zugleich einen Teil des Bunker-Ringtunnels aus dem II. Weltkriegs sehen kann. Oberirdisch sind die Umriss der ehemaligen Synagoge sichtbar gemacht, sowie durch glatte Bodenplatten – im bewussten Kontrast zum umgebenden Kopfsteinpflaster – die Ausdehnung des jüdischen Viertels. Diese Geschichte macht wieder deutlich, wie wichtig interreligiöser Dialog ist. Denn auch, wenn die Hauptmotivation der Vertreibung eine wirtschaftliche war, so wurde diese doch unterfüttert mit religiös begründeten antijudaistischen Unterstellungen von der Anschuldigung des „Gottesmordes“ durch die Juden bis hin zu erfundenen (Ritual)morden an christlichen Kindern.



In den Ausgrabungen des jüdischen Viertels.

Was bleibt von diesem Treffen? Es tat gut, Freund:innen wiederzusehen und neue Gesichter kennenzulernen. Es fördert, wenn auch leider nicht alle Regional- und Lokalgruppen vertreten waren, das Zusammengehörigkeitsgefühl der RfP-Mitglieder über die Grenzen der je eigenen Gruppe – und durch die Zuschaltung von Luigi de Salvia über Deutschland – hinaus, wir lernten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gruppen kennen, konnten voneinander lernen oder auch uns in unserem jeweiligen Weg bestätigen lassen.

\*

[RfP Deutschland](#)

Infos zusammengestellt von Michael A. Schmiedel und Elisabeth Naurath

Dass Interreligiöse Netzwerk Deutschland hat sich am 5. Juni 2024 online getroffen und wird im Herbst 2024 ein Präsenztreffen in Frankfurt a.M. abhalten

Der Wissenschaftliche Beirat von RfP Deutschland wird sich am 1./2. Juli in Präsenz treffen.

Als Leiterin der Projektgruppe ‚Klimaschutz und Klimagerechtigkeit‘ (vgl. <https://religionsforpeace-deutschland.de/aktuelles/projektgruppe-herbs/>) berichtete Elisabeth Naurath von der neu gegründeten und durch die Dr.-Buhmann-Stiftung geförderten Initiative HERBS: Heilkräuter, Erde, Religionen, Bildung, Spiritualität mit mehreren Beteiligten aus verschiedenen Religionen. Die Bedeutung von Pflanzen - besonders von Kräutern - soll hier aus der Perspektive verschiedener Religionen gesichtet und mit Bezug zu den Gärten der Religionen in Bildungsprojekten konkretisiert werden.

Die AG Interreligiöse Bildung und Friedenserziehung traf sich digital, wobei vor allem die beiden hier unter „Buchhinweise“ aufgeführten Publikationen ausführlich vorgestellt wurden. Die vor allem auf Initiative von Johannes Lähnemann gegründete AG spielt inzwischen eine herausragende Rolle für den deutschlandweiten religionspädagogischen Austausch.

\*

## RfP Europa

Infos zusammengestellt von Michael A. Schmiedel

Bei RfP Europa gibt es wie auch bei RfP International vier Co-Comitees, nämlich das der Repräsentanten oder Leitungsträgern der Religionen (religious leaders), der Frauen, der Jugend und der Nationalen Gruppen (national bodies). Luigi de Salvia aus Italien war zuletzt Vorsitzender der National Bodies. Kenti Kruja aus Albanien wurde als sein Nachfolger und Elisabeth Naurath als seine Stellvertreterin gewählt.

Vertretungen aller vier Co-Comitees trafen sich in einer RfP-Umweltgruppe, die beim Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland einen Antrag zur religiös-ethischen Dimension zum Klima im Mittelmeerraum gestellt haben, der auch bewilligt wurde. Es geht dabei hauptsächlich um ein italienisch-tunesisches Projekt. Martin Affolderbach arbeitet in der Steuerungsgruppe der Umweltgruppe mit.

\*

## RfP International

Neuer Generalsekretär von Religions for Peace International:

Nach dem überraschenden Rücktritt Azza Karams vom Posten der Generalsekretärin von Religions for Peace International wurde am 24.02.2024 Francis Kuria Kagema aus Kenia zum neuen Generalsekretär gewählt.

Die Website von Religions for Peace International informiert über ihn:

„12. Februar 2024: Der Weltrat von Religions for Peace (Verwaltungsrat) freut sich, die Ernennung von Dr. Francis Kuria Kagema zum Generalsekretär mit sofortiger Wirkung bekannt zu geben. Dr. Kuria spielt seit langem eine zentrale Rolle bei der Förderung der Mission der Organisation, Brücken des Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Traditionen in ganz Afrika zu bauen, und als Generalsekretär ist er bereit, das internationale Sekretariatsbüro zu leiten und die fünf regionalen Sekretariate von Religions for Peace in ein neues Kapitel mit globaler Wirkung für den Frieden zu führen.

Dr. Kuria übernimmt die Rolle des Generalsekretärs von seiner Position als Generalsekretär des Afrikanischen Rates der religiösen Führer - Religions for Peace. Er bringt mehr als zwei Jahrzehnte multireligiöser Führungserfahrung mit, um die Bemühungen von Religions for Peace um kollektiven Frieden, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu unterstützen und die Größe und Wirkung der Religions for Peace-Bewegung zu steigern. Dr. Kuria war zuvor Leiter des Interreligiösen Rates von Kenia (IRCK) von Religions for Peace. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung wird Dr. Kuria eine wichtige Rolle bei der Koordinierung unseres globalen Netzwerks, des Internationalen Jugendrates und des Netzwerkes der Frauen des Glaubens sowie unserer Partner und Geldgeber, einschließlich der Gemeinschaft der Vereinten Nationen, spielen, während wir gemeinsam auf den Frieden für alle hinarbeiten.

„Wir freuen uns sehr über die Ernennung von Dr. Kuria zu unserem Generalsekretär“, sagte Frau Deepika Singh, stellvertretende Generalsekretärin und Programmdirektorin von Religions for Peace. „Seine Erfahrung und sein tiefes Engagement für die Förderung des interreligiösen Dialogs, die Förderung des Friedens und die Weiterentwicklung der sozialen Gerechtigkeit machen ihn zum idealen Kandidaten, um Religions for Peace zu führen und unsere strategischen Ziele in Bezug auf Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit zu erreichen.“

Dr. Kuria bedankte sich für die Gelegenheit, als Generalsekretär zu dienen, und erklärte: „Es ist mir eine große Ehre, als Generalsekretär der globalen Gemeinschaft religiöser Führer unter dem Banner von Religions for Peace zu dienen. Heute ist es wichtiger denn je, dass wir über religiöse Grenzen hinweg zusammenkommen, um die dringendsten Probleme unserer Welt anzugehen. Ich freue mich darauf, eng mit den Mitarbeitern des Internationalen Sekretariats, den religiösen Führern und ihren Gemeinschaften auf der ganzen Welt zusammenzuarbeiten, um Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung zu fördern.“

Religions for Peace ist die weltweit größte und umfassendste multireligiöse Bewegung. Seit ihrer Gründung im Jahr 1970 hat sich Religions for Peace zu einer starken Kraft entwickelt, die durch konkrete Arbeit vor Ort eine umfassende Vision des Friedens vorantreibt.“

Quelle: <https://www.rfp.org/religions-for-peace-world-council-announces-dr-francis-kuria-kagema-as-secretary-general/> (aufgerufen am 21.06.2024; übersetzt mit Hilfe des Google-Übersetzers von Michael A. Schmiedel)

\*

## Sonstige Nachrichten

Anhörung zur Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Deutschen Bundestag  
Text: Michael A. Schmiedel

Am Mittwoch dem 24. April 2024 gab es im Deutschen Bundestag eine öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte zum dritten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Ich fasse hier die für den interreligiösen Kontext wichtigsten Punkte aus dem Protokoll der Anhörung zusammen. Unten befindet sich ein Link zu diesem Protokoll und auch zum Bericht, der Thema der Anhörung war.

Der wohl wichtigste Punkt war die Einordnung von Religionsfreiheit als Menschenrecht. Heiner Bielefeldt, Professor für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, betonte nachdrücklich, dass man keinen Antagonismus zwischen Menschenrechten und Religionsfreiheit schaffen dürfe. Vielmehr sei die Freiheit, eine Religion eigener Wahl oder auch keine Religion ausüben zu dürfen, das Recht eines jeden Menschen. Menschenrechte seien universal gültig, dieser Universalismus sei aber noch nicht überall anerkannt.

Besonders wurden in dem Bericht die Rechte indigener Völker hervorgehoben. Diese seien oft durch Interessen von Staaten, aber auch von Firmen bedroht, die den Lebensraum indigener Völker ausbeuten wollen, oder deren kulturelle Eigenständigkeiten nicht respektierten. Sandy El Berr von der Organisation Brot für die Welt des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung e. V. betonte, dass beispielsweise die indigenen Stämme Südamerikas wichtige Beiträge zu Gesellschaft und demokratischem Staatsaufbau ihrer Länder leisteten.

Aber auch Christen litten oft unter Verfolgung, ja das Christentum ist laut dem Philosophen und Politologen Christian Machek die meistverfolgte Religion der Welt.

Das jüdische Leben in Deutschland wurde aber auch als ein Beispiel einer verletzten Religionsfreiheit dargestellt. So macht Hanna Veiler, Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands auf einen geplanten Anschlag auf die Bochumer Synagogen und die Bedrohung jüdischen Lebens generell aufmerksam, aber auch darauf, dass christliche Feiertage selbstverständlich freie Tage seien, jüdische aber nicht. Antisemitismus werde auch durch Codes, Bilder und Narrative gefördert, die sich zu Weltbildern verdichtete und in Krisenzeiten von Menschen aktiviert, die einfache Erklärungen suchten. Statt einfacher Erklärungen brauche es aber eines tieferen Verständnisses zum Beispiel des Nahostkonfliktes.

Die deutsche Außenpolitik müsse sich stärker gegen den Iran als Finanzier vieler Anschläge der Hamas positionieren.

Richard Ottinger, Referent für internationalen Religionsdialog in der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung, lobte generell diesen Bericht als einzigartiges Monitorwerkzeug. Er forderte eine grundsätzliche Akzeptanz der Relevanz von Religion und eine stärkere Forcierung religiöser Bildung, auch damit man sich interkulturell gegenseitig besser verstehe, und auch, um Religionskritik profunder üben zu können.

Thomas Schirmmacher, Erzbischof, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, San José, Costa Rica und Ko-Präsident von Religions for Peace International lobte auch den Bericht wegen seiner effektiven Informationen. Anders als Religion und Staat ließen sich Religion und Politik nicht voneinander trennen, so wie Religionsfreiheit nicht von Menschenrechten. Religion und Weltanschauung sei konstitutiv für das Menschsein. Da es in vielen Ländern hochreligiöse Menschen gebe, sei religiöse Bildung wichtig, um mit ihnen einen Dialog führen zu können und auch um extremistische religiöse Führer richtig einordnen und von gemäßigten und friedensbereiten Vertretern ihrer Religionen unterscheiden zu können. Schirmmacher betonte nochmal die Wichtigkeit, die Kulturen indigener Völker auch im Rahmen der Menschenrechte zu schützen. Die Religionsausübung der Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, weil sie diese in ihren Herkunftsländern nicht frei ausüben konnten, sei ebenfalls zu schützen.

Wer die Texte nun noch im Original lesen möchte, kann dies mit Hilfe der folgenden Links tun:

Menschenrechte. Anhörung zur Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw17-pa-menschenrechte-religion-996264> (geöffnet am 10.06.2024).

Deutscher Bundestag. Drucksache 20/9580: Dritter Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Berichtszeitraum 2020 bis 2022): <https://dserver.bundestag.de/btd/20/095/2009580.pdf> (geöffnet am 10.06.2024).

\*\*

## Informationen/Ausblick:

Einzigartiges Hoffnungszeichen: College of Interreligious Studies in München beginnt 3. Studienjahr. Vorstellung eines Studienganges von Martin Rötting, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates von Religions for Peace Deutschland und seinen Mitarbeiterinnen Melanie Fersi und Tanja Mancinelli

Das College of Interreligious Studies München ist eine weltweit einzigartige Institution, die Lebenslernen, persönliche religiöse und spirituelle Entwicklung sowie akademische Reflexion im interreligiösen Dialog vereint. Junge Menschen mit verschiedenen kulturellen und

religiösen Hintergründen leben hier ein Jahr zusammen in der Benediktinerabtei St. Bonifaz und teilen Persönliches wie Akademisches in einem umfassenden und intensiven Programm. Durch diese besondere Kombination schafft das College Begegnungsorte, wo Beziehungen über Grenzen hinweg gestiftet werden. Als ein Lernraum des Dialogs wird dort Zuhören und Frieden eingeübt und praktiziert, indem Menschen andere Sichtweisen, Kulturen und Religionen lesen lernen und dadurch ein besseres Verständnis füreinander gewinnen. Der akademische Teil des Colleges, die "Interreligious Studies" beschäftigen sich mit religiösen, gesellschaftlichen und interkulturellen Aspekten interreligiöser Kompetenz. Mit dem Zertifikat erwerben die Studierenden Wissen und Kompetenz über unsere kulturell und religiös pluralistische Welt. Themenbereiche wie die friedliche Ko-Existenz und ein Verständnis von interreligiösem Lernen, religiösen Praktiken und Ritualen werden behandelt. Als eine Kulturwissenschaft hat das Studium am College einen interdisziplinären Ansatz und deckt Sozialwissenschaften, Theologien, Religionswissenschaft, interkulturelle Pädagogik sowie Praktika in verschiedenen religiösen Traditionen und interreligiösen Gruppen ab.

Der *Universitätslehrgang Interreligious Studies* richtet sich an Personen, die sich vertiefend religions-, kultur- und humanwissenschaftlich, methodisch, persönlich und in einer Lehrgangsgemeinschaft mit den Grundlagen und Praxisfeldern von Begegnung und Dialog zwischen Religionen auseinandersetzen wollen und zudem kommunikativ, offen, neugierig auf vielfältige Erfahrungen sind.

Das College wird vom Institut Occurso e.V. für Interkulturelle und Interreligiöse Begegnung getragen und ist ein gemeinnütziges Projekt, das auf Spenden angewiesen ist.

Mehr Informationen unter: <https://www.occurso.org/college>

In den kommenden Ausgaben werden wir weitere Initiativen wie den Zertifikatsstudiengang 'Interreligiöse Mediation der Universität Augsburg (ZIM)' oder auch die Grundqualifizierung Dialoggestalter\*innen der Eugen-Biser-Stiftung vorstellen.

\*

### Buchhinweise

Zusammengestellt von Michael A. Schmiedel

Wir dürfen hier ein Buch, an dem wir mitgearbeitet haben, und eine Broschüre von der Stiftung Weltethos vorstellen.

### Interreligiöse Initiativen in Deutschland

Hier die Info des Verlages:

Religions for Peace Deutschland e. V. | Stiftung Weltethos | Bundeskongress der Räte der Religionen | Forum Religionen im Kontext (Hrsg.)

Interreligiöse Initiativen in Deutschland. Ein Wegweiser Ergon, 2024, 255 Seiten,

E-Book, ISBN 978-3-98740-055-1, 59,00 € inkl. MwSt

Softcover, ISBN 978-3-98740-054-4, 59,00 € inkl. MwSt

Religionen sind wichtige Akteurinnen der Zivilgesellschaft. Die Frage, wie sie miteinander umgehen, ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft pluraler, offener Gesellschaften. Für dieses Buch haben sich vier Akteure der interreligiösen Verständigung erstmals zusammengetan: Die national und international agierenden Organisationen *Religions for Peace* und *Stiftung Weltethos*, der *Bundeskongress der Räte der Religionen* als Verbund kommunaler interreligiöser Initiativen sowie die Forschungsschnittstelle *Forum Religionen im Kontext* an der Universität Potsdam. Das Buch enthält Steckbriefe von siebzig interreligiösen Organisationen und Initiativen. Ergänzt wird es durch Reflexionen über die Geschichte und die Zukunft des interreligiösen Dialogs in Deutschland sowie über die Rolle von Religion in der Zivilgesellschaft.

Mit Beiträgen von

Peter Bender | Ken Chitwood | Johann Hafner | Ulrich Hemel | Frederik Hochdorfer | Ulrich Nitschke | Wolfgang Reinbold

Quelle: <https://www.nomos-shop.de/ergon/titel/interreligioese-initiativen-in-deutschland-id-116336/> (aufgerufen am 21.06.2024).

Ich werde für Cibedo eine Rezension schreiben, auf die dann in den Mitteilungen hingewiesen werden wird.

Lokale Räte der Religionen. Für ein konstruktives Miteinander in Vielfalt. Eine Handreichung

Die Stiftung Weltethos hat die Handreichung „Lokale Räte der Religionen. Für ein konstruktives Miteinander in Vielfalt“ als Broschüre und online an. Die Onlineversion findet man unter: <https://www.weltethos.org/wp-content/uploads/2023/12/Praxisleitfaden-Raete-der-Religionen-BARRIEREFREI.pdf> (aufgerufen am 21.06.2024).

Am besten schauen Sie sich selbst das Inhaltsverzeichnis dort an, um sich ein Bild von der Handreichung zu machen.